

2. Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 25.06.2026

Frage Nr.: 86
=====

Grundungsstandort Frankfurt

Stadt v. Schnitzler - FDP -

Unter dem Motto "Für eine neue Gründerzeit, jetzt!" haben mehr als hundert führende Gründer, darunter die Spitzen von Zalando und Flix, einen Appell an die Bundesregierung gerichtet und bessere Bedingungen für den Wirtschaftsstandort gefordert, insbesondere beim Zugang zu Wagniskapital, bei Bürokratie und im Wettbewerb. Viele dieser Hebel liegen beim Bund, doch auch die Kommunen entscheiden über die Bedingungen vor Ort mit

Ich frage ich den Magistrat

Mit welchen Maßnahmen stärkt der Magistrat den Gründungsstandort Frankfurt, insbesondere bei der Bereitstellung von Flächen und Räumen, bei schnellen Genehmigungs- und Ansiedlungsverfahren sowie bei der Vernetzung junger Unternehmen mit dem Wagnis- und Wachstumskapital am Finanzplatz?

Antwort:

Der Magistrat teilt die Einschätzung des Appells „Für eine neue Gründerzeit, jetzt!“, dass Deutschland bessere Bedingungen für Gründungen, Innovationen und Wachstum braucht. Wichtige Hebel wie Steuerrecht, Mitarbeiterkapitalbeteiligungen und die Regulierung von Venture Capital liegen beim Bund. Doch auch auf kommunaler Ebene gibt es Handlungsmöglichkeiten. Frankfurt wartet deshalb nicht auf Berlin, sondern handelt im eigenen Wirkungskreis.

Frankfurt ist eine Stadt der Unternehmenden und Unternehmer. Jedes Jahr entstehen hier mehrere tausend neue Unternehmen – vom Handwerksbetrieb bis zum technologieorientierten Startup. Der Magistrat versteht Unternehmertum als Motor für Innovation, Beschäftigung und Wohlstand. Unser Ziel ist ein Gründungssystem, dem gute Rahmenbedingungen, klare Strukturen und unkomplizierte Zugänge zu Beratung, Netzwerken, Flächen und Finanzierung geboten werden. Frankfurt kann die Stadt werden, in der Gründen einfach, digital und schnell möglich ist.

Gleichzeitig unterscheiden sich die Anforderungen im weiteren Wachstumsverlauf. Während viele Existenzgründungen vor allem einen erfolgreichen Markteintritt benötigen, sind für technologieorientierte Startups und Scaleups insbesondere Kapital, Talente, Forschungspartner und internationale Netzwerke entscheidend. Gerade in dieser Wachstumsphase liegen besondere Stärken Frankfurts.

Im Mittelpunkt stehen die drei Erfolgsfaktoren eines leistungsfähigen Ökosystems: Flächen und Infrastruktur, Zugang zu Kapital sowie die Vernetzung mit Talenten und Märkten.

1. Flächen und Infrastruktur

Mit dem Frankfurter Gründerzentrum bietet die Wirtschaftsförderung seit 2001 Flächen zu deutlich vergünstigten Konditionen. Darauf aufbauend haben wir ein Zukunftskonzept für die räumliche Weiterentwicklung der Gründerförderung erarbeitet, die im Januar 2027 startet.

Dabei geht es ausdrücklich nicht um eine bloße Verlagerung des bestehenden Gründerzentrums. Die Anforderungen an Gründungsflächen haben sich verändert. Entscheidend für den Erfolg junger Unternehmen sind heute die Einbindung in leistungsfähige Netzwerke sowie kurze Wege zu Forschung, Kapital, Talenten und potenziellen Kunden. Gründer benötigen deshalb nicht nur Flächen, sondern ein Umfeld, das Wachstum ermöglicht.

Deshalb bündeln wir bislang verteilte Angebote. Mit dem Umzug des GamesHub an den Bertramshof, der engen Anbindung an Futur und zusätzlichen Flächen für technologieorientierte Gründungen entsteht ein Standort, an dem Gründung, Innovation und Skalierung enger zusammenrücken. Die räumliche Nähe schafft bessere Vernetzungs- und Entwicklungsmöglichkeiten und stärkt die Sichtbarkeit des Frankfurter Gründungsokosystems insgesamt.

Ergänzend entsteht in unmittelbarer Nähe der Wirtschaftsförderung ein New Business Lab. Dort werden die Kompass gGmbH sowie weitere Gründungs-, Erprobungs- und Innovationsflächen angesiedelt. Ziel ist es, den Austausch zwischen unterschiedlichen Branchen gezielt zu fördern. Denn Innovation entsteht häufig dort, wo neue Technologien auf konkrete Herausforderungen in Handel, Handwerk, Industrie und produzierendem Gewerbe treffen. Frankfurt setzt deshalb bewusst auf die Vernetzung von Technologie, Unternehmertum und etablierten Wirtschaftszweigen, um neue Ideen schneller in marktfähige Lösungen zu überführen.

2. Zugang zu Kapital

Der Kapitalzugang gehört zu den zentralen Hürden vieler Startups in Deutschland. Hier spielt Frankfurt seinen Standortvorteil aus. Als führender Finanzplatz Europas verfügt die Stadt über eine einzigartige Dichte aus Banken, Investoren und Family Offices. Dass mit der europäischen Geldwäschebehörde AMLA eine weitere zentrale Institution in Frankfurt angesiedelt ist, unterstreicht diese Rolle.

Mit dem Frankfurter Gründerfonds erleichtert die Wirtschaftsförderung Frankfurt seit 2010 über Bürgschaften den Zugang zu Bankfinanzierungen, begleitet durch eine intensive Betreuung. Darüber hinaus hat das Dezernat für Wirtschaft gemeinsam mit Frankfurt Forward, der FRM und dem Land Hessen die Vernetzung von Startups mit Venture-Capital-Gebern, Business Angels, und institutionellen Investoren deutlich ausgebaut, über Pitch- und Matching-Formate, Investorengespräche und den Austausch mit nationalen und internationalen Kapitalgebern. Frankfurt Forward agiert dabei gezielt als Matchmaker. Die große Chance liegt in der Skalierungsphase. Genau hier kann Frankfurt als einziger deutscher Standort die

Kraft des Finanzplatzes unmittelbar für das Wachstum innovativer Unternehmen nutzbar machen. An diesem Hebel arbeiten wir konsequent weiter.

3. Vernetzung, Innovation und Marktzugang

Ein erfolgreiches Gründungsökosystem lebt nicht allein von Finanzierung, sondern von Vernetzung. Mit dem TechQuartier verfügt Frankfurt über einen der führenden Innovationshubs Deutschlands, während Frankfurt Forward Kooperationen zwischen Startups und etablierten Unternehmen vermittelt. Denn für viele junge Unternehmen ist der erste Kunde wichtiger als die erste Finanzierungsrunde. Der Frankfurter Grunderpreis wird zudem neu aufgestellt, um erfolgreiche Gründungen sichtbarer zu machen. Gemeinsam mit dem Land Hessen arbeitet Frankfurt dabei als zentraler Motor des hessischen Startup-Ökosystems eng an gemeinsamen Zielen für Innovation, Wachstum und Gründungserfolg.

Zusammengefasst geht es dem Magistrat nicht nur darum, Frankfurt zu einem guten Ort für Gründungen zu machen oder superlative Überschriften zu generieren. Unser Anspruch ist es, die gesamte unternehmerische Entwicklungskette zu stärken – von der ersten Geschäftsidee über die Gründung bis hin zum internationalen Wachstumsunternehmen. Frankfurt verfügt mit seiner Wirtschaftsstruktur, seinen Hochschulen, dem Finanzplatz und seiner internationalen Vernetzung über einzigartige Voraussetzungen.

Unsere Aufgabe ist es, diese Stärken konsequent zusammenzuführen und die Bedingungen so zu gestalten, dass mehr Unternehmen hier gründen, hier investieren und hier wachsen. Denn wirtschaftliche Dynamik entsteht nicht durch staatliche Vorgaben, sondern durch Menschen, die unternehmerische Verantwortung übernehmen. Ihnen wollen wir in Frankfurt die bestmöglichen Voraussetzungen bieten.

Stadtrat
Prof. Dr. Gwechenberger

Frankfurt am Main, 25.06.2026

2. Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 25.06.2026

Frage Nr. 96
=====

Stadtv. Papke - FDP –

Ankauf von Wohnungen durch die ABG

Die Presse berichtete zuletzt über den Ankauf von 51 bereits fertiggestellten Wohnungen durch die ABG in Hedderheim, die damit dem Markt entzogen und von der Stadt übernommen wurden.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat.

Wie hoch waren die Kosten des Ankaufs pro Quadratmeter, und wie stellt sich dieser Wert im Vergleich zu den Kosten dar, die der ABG bei einem eigenen Neubau pro Quadratmeter entstanden waren?

Antwort:

Die ABG FRANKFURT HOLDING (ABG) hat durch den Ankauf der Wohnungen keine Wohnung dem Markt entzogen, sondern diese vielmehr dem Markt zugeführt. Die Kosten dieser Wohnungen entsprechen denen, zu denen die ABG auch selbst Neubau betreiben würde.

2. Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 25.06.2026

Frage Nr. 104
=====

Stadtr. Haußler - FDP -

Quartiersmanagement

Im Bericht B 170 zur Einrichtung eines Quartiersmanagements für Höchst wird ausgeführt, dass das bisherige Stadtteilmanagement Ende 2026 ausläuft und anschließend durch ein Quartiersmanagement im Rahmen des Frankfurter Programms Aktive Nachbarschaft verstetigt werden soll. Beide Maßnahmen werden dabei im Rahmen zeitlich befristeter Förderprogramme umgesetzt.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:

Welche konkreten Kriterien muss ein erfolgreiches Stadtteilmanagement beziehungsweise Quartiersmanagement aus Sicht des Magistrats erfüllen, damit die jeweiligen Förderziele als erreicht gelten und eine Beendigung der Maßnahmen erfolgen kann?

Antwort:

Das Stadtplanungsamt hat das Stadtteilmanagement Höchst im Rahmen des Prozesses zur Stadterneuerung beauftragt. In dem Verfahren zur Stadterneuerung liegen die Aufgaben des Stadtteilmanagements vorwiegend in der Begleitung baulicher Maßnahmen und Projekte, der Vernetzung lokaler Akteur:innen, der Information über die städtischen Bauvorhaben und Projekte sowie der Beteiligung der Bewohner:innen.

Der Erfolg eines Stadtteilmanagements bemisst sich entsprechend am Erfolg der begleiteten Projekte und daran, möglichst viele Menschen im Quartier zu erreichen. Die Beendigung des Stadtteilmanagements hängt in diesem Fall unmittelbar mit dem Ende des zugrunde liegenden, städtebaulich ausgerichteten Förderprogramms zusammen. Dieses ist in der Regel an die Umsetzung konkreter baulicher Projekte geknüpft.

Nach Abschluss eines Stadterneuerungsverfahrens können in sozialer Hinsicht weiterhin Bedarfe für ein Quartiersmanagement bestehen. Dies trifft auf Höchst zu. Darüber hinaus ist es sinnvoll, die im Rahmen des Verfahrens entstandenen Strukturen der Aktivierung, Beteiligung und Vernetzung dauerhaft zu festigen.

Während das Stadtteilmanagement vor allem die Ziele des Verfahrens zur Stadterneuerung unterstützt und die Maßnahme endet, wenn die Bauprojekte abgeschlossen sind, verfolgt das Quartiersmanagement des Frankfurter Programms Aktive Nachbarschaft einen langfristigen und sozialraumorientierten Ansatz.

Dieses unbefristete Programm ist im Jugend- und Sozialamt angesiedelt und zielt auf die nachhaltige Verbesserung und Sicherung der Wohn- und Lebenssituation der Menschen in ausgewählten Stadtquartieren, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts sowie die Gewährleistung von Partizipation und Teilhabegerechtigkeit unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter und Gesundheit ab.

Die Erfahrungen aus mehr als 20 Jahren Quartiersmanagement in Frankfurt am Main sowie die Erkenntnisse aus anderen Kommunen zeigen, dass Vernetzungsstrukturen, ehrenamtliches Engagement und sozialer Zusammenhalt dauerhaft hauptamtlicher Unterstützung bedürfen.

Das Quartiersmanagement ist ein wichtiger Baustein für die Weiterentwicklung des sozialraumorientierten Arbeitens in den Stadtteilen im Sinne der Sozialkonzeption des Jugend- und Sozialamtes. Die standortspezifischen Ziele der Quartiersmanagements werden entlang der formulierten Handlungsfelder des Programms vereinbart, so auch für Höchst. Über eine wirkungsorientierte Qualitätssicherung werden die Maßnahmen regelmäßig überprüft und eingeordnet.

Erfolgreiche Quartiersentwicklung wird dabei als Grundlage für die Verstetigung des Quartiersmanagements verstanden. Eine Beendigung würde die Gefahr bergen, bestehende Strukturen und Vertrauensbeziehungen zu schwächen und dadurch langfristig höhere soziale und finanzielle Folgekosten zu verursachen.

Vor diesem Hintergrund wird das Quartiersmanagement im Rahmen des Frankfurter Programms Aktive Nachbarschaft als dauerhafte kommunale Infrastruktur verstanden. Es soll angesichts wachsender gesellschaftlicher Herausforderungen schrittweise auch auf weitere Quartiere ausgeweitet werden.

per E-Mail an
Büro des Magistrats
10-2_bdm@stadt-frankfurt.de

2. Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 25.06.2026

Frage Nr. 111
=====

Stadtv. Ritter - FDP -

Zufahrtsschutz Opernplatz

Für den neuen Zufahrtsschutz am Opernplatz werden rund 775.000 Euro für die Stahlmodule, weitere 12.000 Euro für die Bepflanzung sowie rund 25.000 Euro für Pflege, Bewässerung und Reinigung bis Ende Oktober veranschlagt.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:

Mit welchen jährlichen Folgekosten für Pflege, Bewässerung, Reinigung und Instandhaltung der Anlage rechnet der Magistrat ab dem Jahr 2027, und wie viel hätte - ausgehend von einem Nutzungszeitraum von 30 Jahren - im Vergleich der Einbau einer versenkbaren Pollerreihe gekostet?

Antwort:

Für die realisierte Lösung sind einschließlich der Abschreibungen Jahresfolgekosten von insgesamt 147.000 € kalkuliert. Insbesondere vor dem Hintergrund der im Umfeld der Alten Oper besonders relevanten Ansprüche an die Gestaltung sowie der besonderen technischen Anforderungen und räumlichen Gegebenheiten auf einer U-Bahnstation kam eine Pollerreihe als Alternative letztlich nicht in Betracht. Ein Investitions- und Folgekostenvergleich liegt nicht vor und ist nach Auffassung des Magistrats nicht relevant.

Stadtratin
Sylvia Weber

Frankfurt am Main,

2 Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 25.06.2026

Frage-Nr. 140
=====

Stadtv. Schnitzler - FDP -

August-Graser-Schule

An der August-Graser-Schule in Schwanheim besteht seit längerem eine Baustelle im Bereich des Schulgelandes, die nach vorliegenden Berichten derzeit brachliegt und dadurch zu erheblichen Einschränkungen im Schulbetrieb führt, unter anderem durch die Verkleinerung des Schulhofs sowie durch und zusätzliche Sicherheitsauflagen.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:

Aus welchen konkreten Gründen wurden die Baumaßnahmen unterbrochen, und wann ist mit der Wiederaufnahme sowie dem Abschluss der Arbeiten zu rechnen?

Antwort:

Aktuell wurde die Maßnahme an der August-Graser-Schule pausiert, da im Rahmen der Innenarbeiten statische Überprüfungen notwendig wurden.

Es wurde ein Statik-Büro mit einer Begutachtung beauftragt. Sobald der Bericht vorliegt, kann über die Auswirkungen auf die Maßnahme und den weiteren Ablauf berichtet werden.

Das federführende Dezernat für Bildung, Immobilien und Neues Bauen, die Stabsstelle Schulbau sowie das Amt für Bau und Immobilien als zuständiges Fachamt haben die August-Graser-Schule am 11.06.2026 besucht und gemeinsam mit der Schulgemeinde besprochen, wie die Situation vor Ort kurzfristig verbessert und den Anliegen der Schulgemeinde Rechnung getragen werden kann.

Stadtratin
Sylvia Weber

Frankfurt am Main, 24.06.2026

2. Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 25.06.2026

Frage-Nr. 149
=====

Stadtv. Papke – FDP -

Mietvertrag

Die Magistratsvorlage M 83/26 legt den Stadtverordneten einen Mietvertrag vor, der die finanzielle Gesamtbelastung für die Stadt nicht abschließend beziffert und durch den rückwirkenden Mietbeginn ab dem 01.04.2022 Fragen zu Transparenz und Nachvollziehbarkeit aufwirft.

Ich frage den Magistrat:

Wie rechtfertigt der Magistrat diese offene Konstruktion vor dem Hintergrund der angespannten städtischen Haushaltslage, und warum ist es ihm nicht gelungen, für die Stadt eine deutlich bessere vertragliche Ausgangsposition auszuhandeln?

Antwort:

Der stadtebauliche Vertrag wurde ohne unsere Beteiligung verhandelt. Der erste Vertrag sah eine Übernahme ins Eigentum der Stadt vor, da Eigentumswohnungen geplant waren. Der zweite Vertrag bzw. Nachtrag sah die Regelung zum Abwohnen vor, hat das Finanzvolumen definiert und festgelegt, dass das ABI den Mietvertrag verhandeln soll, obwohl der Regelablauf für Träger KT's derzeit vorsieht, dass die Träger selbst verhandeln und anmieten. Dies vor allem hat zu einer Verzögerung bis zum Abschluss der Verhandlungen geführt.

02. Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 25.06.2026

Frage Nr. 155
=====

Stadtv. Haußler - FDP -

Gedenktafel Hauptfriedhof

An der Friedhofsmauer des Hauptfriedhofs erinnert eine Gedenktafel an die Zerstörung der Frankfurter Synagogen im Jahr 1938. Aufgrund ihrer geringen Größe und unauffälligen Gestaltung wird sie jedoch nur eingeschränkt wahrgenommen.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:

Wie bewertet der Magistrat die Sichtbarkeit und Wahrnehmbarkeit der bestehenden Gedenktafel, und ist eine Aufwertung oder ergänzende Beschilderung geplant?

Antwort:

Der Magistrat arbeitet bereits an einer Lösung, um die Gedenktafel, die an die Zerstörung der Frankfurter Synagogen im Jahr 1938 erinnert, besser sichtbar zu machen. Aktuell werden zwei tragbare Lösungsansätze zur besseren Wahrnehmung der Gedenktafel mit den unterschiedlichen Stellen im Magistrat besprochen und geprüft. Zum einen eine Tafel an einer anderen, gut sichtbaren Stelle der Mauer anzubringen und zum anderen die bestehende Tafel mit einer Umrandung sichtbar hervorzuheben. Aktuell steht noch ein gemeinsamer Vor-Ort-Termin zur Konkretisierung der Lösungsansätze aus.

Dezernat X
Stadträtin Tina Zapf-Rodriguez

Frankfurt am Main, 25.06.2026

Das Ordnungsamt wurde über die Bitte um intensivere Kontrollen in dem Bereich bereits informiert

Der Magistrat wird die Gespräche entsprechend weiter fortführen

02. Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 25.06.2026

Frage Nr. 160
=====

Stadtr. Ritter - FDP -

Alternativen zur Verpackungssteuer

In der Antwort auf die Frage Nr. 32/26 wird darauf verwiesen, dass der Magistrat sich in den nächsten Monaten im Rahmen eines „Runden Tisches“ mit der IHK sowie verschiedenen Gastronomie-Verbanden zum Thema Verpackungssteuer, aber auch zu möglichen Alternativen austauschen möchte.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:

Was kann der Magistrat zu den bereits erfolgten Gesprächen berichten, und wie könnten solche Alternativen zu einer Einführung einer Verpackungssteuer konkret aussehen?

Antwort.

Bisher gab es Austauschgespräche mit verschiedenen Gastronomieverbänden, der IHK und weiteren Verbänden auf unterschiedlichen Ebenen.

Bei den Terminen wurden Alternativen zu einer Einführung einer Verpackungssteuer diskutiert, jedoch noch keine Festlegungen getroffen. Im Gespräch war beispielsweise eine Beteiligung von Gastronomiebetrieben an Reinigungsaktionen oder die Beteiligung der Gastronomie an den entstehenden Mehrkosten der Reinigung. In diesem Zusammenhang soll insbesondere eine Abgabe geprüft werden, die auf allen Seiten weniger Verwaltungsaufwand erzeugt, als eine Verpackungssteuer.

Von einigen Gastronomiebetrieben wird auch eine stärkere Kontrolle der geltenden gesetzlichen Regelungen gefordert. In erster Linie sind hier die Mehrwegabgabepflicht (Verpackungsgesetz) sowie das Verbot bestimmter Einwegkunststoffprodukte (Einwegkunststoffverbotsverordnung) zu nennen. Es wurde bemängelt, dass viele Betriebe sich nicht an die Vorgaben halten und die damit angestrebte Reduzierung von Einwegprodukten nicht eintreten kann.